

Auf der Schmalspur zur Macht: die PRI kehrt in das Präsidentenamt von Mexiko zurück

Maihold, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maihold, G. (2012). *Auf der Schmalspur zur Macht: die PRI kehrt in das Präsidentenamt von Mexiko zurück* (GIGA Focus Lateinamerika, 7). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-320575>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Auf der Schmalspur zur Macht: Die PRI kehrt in das Präsidentenamt von Mexiko zurück

Günther Maihold

Mit den Wahlen vom 1. Juli 2012 stellt in Mexiko die Partido Revolucionario Institucional (PRI) nach zwölf Jahren Opposition wieder den Präsidenten.

Analyse

Ein politisches Minimalprogramm der PRI reichte der Bevölkerung aus, um die konservative Regierungspartei PAN von Präsident Felipe Calderón mit deutlichen Stimmverlusten in die Opposition zu senden. Der neue Präsident Enrique Peña Nieto nimmt für sich in Anspruch, eine „neue und moderne PRI“ zu repräsentieren, benötigt für einen Erfolg aber die alten Seilschaften der Partei. Mexiko befindet sich damit in der paradoxen Lage, dass der strukturkonservative Machtfaktor des Landes in Gestalt der PRI zum Protagonisten der überfälligen Modernisierung werden soll und muss.

- Enrique Peña Nieto stellt ein Abbild der Ambivalenz der PRI dar: Er ist sowohl Repräsentant alter klientelistischer Strukturen als auch eng verbunden mit modernen Technokraten bzw. Wirtschaftsunternehmen. Dieses doppelte Gesicht bildete die Grundlage seines Wahlerfolgs, da er damit ein breites Spektrum von Interessen ansprach, das keine andere Partei anbieten konnte.
- Auch die Gruppe der Mitarbeiter des neuen Präsidenten spiegelt dieses Muster wider: Alte Machtstrategen und moderne Politikexperten haben einen professionellen Wahlkampf organisiert und sollten auch in der Regierungsführung in der Lage sein, die Schwächen ihres Kandidaten auszugleichen.
- Die von vielen befürchtete Rückkehr zum alten Stil des Machtapparates der PRI wird ausbleiben: Die PRI verfehlte die absolute Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses und wird damit alle Reformen mit der Opposition verhandeln müssen; außerdem hat sich die mexikanische Gesellschaft modernisiert; sie agiert selbstbewusst und autonom. Dafür stand im Wahlkampf die Bewegung #Yo soy 132 der Studierenden vieler mexikanischer Universitäten.

Schlagwörter: Mexiko, Präsidentschaftswahlen, PRI, Opposition

Interne Blockaden, die mangelnde Fähigkeit oder der fehlende Willen zum Konsens sowie eine beschränkte Bereitschaft zur Innovation sind für die langjährige Stagnation in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Mexikos verantwortlich. Trotz privilegiertem Zugang zum US-amerikanischen Markt haben die Wirtschaftskrise des nördlichen Nachbarn und die Konkurrenz mit China auf diesem Absatzmarkt die Ausichten auf ein dynamisches Wachstum beeinträchtigt. Mexiko braucht jedoch ein dauerhaftes und kräftiges Wachstum, um den starken Jahrgängen, die in den Arbeitsmarkt drängen, eine Zukunft zu eröffnen. Dies hat die Regierung von Präsident Felipe Calderón nicht leisten können. Das Land wirkt trotz mancher Anstrengungen seiner Regierung auf sich selbst bezogen, durch die Probleme im Kampf mit den Drogenkartellen gelähmt und kaum in der Lage, im eigenen Land oder jenseits der Grenzen Impulse zu setzen.

Nach zwölf Jahren konservativer Regierung der Partido Acción Nacional (PAN) scheint mit den Wahlen vom 1. Juli 2012 ein neues Kapitel in der Entwicklung zu beginnen: Die PRI, die – 71 Jahre lang – bis zum Jahr 2000 Regierung und Gesellschaft dominierte, stellt mit Enrique Peña Nieto zum 1. Dezember 2012 den neuen Präsidenten. Diese Rückkehr der PRI galt bis vor kurzem als völlig unvorstellbar, weil die teilweise verhasste Partei auch als Ausdruck eines perfiden Autoritarismus betrachtet wird, der Mexikos Entwicklung jahrzehntelang beherrschte. Die „Rolle rückwärts“ der Wählerschaft zur PRI ist aber nicht nur als Ausdruck der Enttäuschung der Bevölkerung über die Ergebnisse der Regierungszeit der konservativen PAN zu interpretieren. Der bevorstehende Machtwechsel eröffnet auch Chancen, die jenseits des traditionellen Bildes der PRI als Verkörperung des überkommenen Klientelsystems liegen. Wichtige Reformprojekte etwa des staatlichen Ölkonzerns PEMEX, des Arbeitsrechts und der Steuerpolitik sind überfällig, entsprechende Initiativen der Regierung Calderón scheiterten an korporativen Strukturen und dem Unwillen der PRI, die politische Verantwortung zu übernehmen. Letztlich handelt es sich um eine Fortsetzung und Vertiefung der Modernisierung des Landes, damit Mexiko international nicht den Anschluss verliert.

Die Wahlen 2012: ein gewünschter Spurwechsel

Am 1. Juli 2012 waren 79 Millionen stimmberechtigte mexikanische Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, einen neuen Präsidenten und die Mitglieder der beiden Kammern des Kongresses zu wählen. Darüber hinaus fanden sechs Gouverneurswahlen sowie lokale und regionale Parlamentswahlen statt; insgesamt standen 2.127 Wahlämter zur Neubesetzung an. Selbst in Zonen, in denen der Drogenkrieg das Leben der Bürger bestimmt, konnten die Wahlen ohne Beeinträchtigung durchgeführt werden.

Das Wahlergebnis mit dem deutlichen Sieg des PRI-Kandidaten Enrique Peña Nieto ist nicht überraschend. Seit mehr als einem halben Jahr führte er die Meinungsumfragen deutlich an. Seine Position erwies sich trotz aller Beschuldigungen und Skandale in den Augen der Bevölkerung als unangreifbar. Die Entscheidung der Wähler für einen Wechsel nach zwölf Jahren Regierung der konservativen PAN war insoweit schon lange vor dem Wahltag gefallen und der dreimonatige Wahlkampf vermochte daran nichts zu ändern.

Das mexikanische politische System geht gestärkt aus der Wahl 2012 hervor. Die drei großen nationalen Parteien konnten über 95 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen an sich binden. Nach 2000 findet somit ein weiteres Mal ein Machtwechsel mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung statt. Mit einer Wahlbeteiligung von 62 Prozent wurde eine nur im Jahr 2000 übertroffene Mobilisierung der Wählerschaft erreicht. In dem wenig attraktiven Wahlkampf verfielen die gewohnten Strategien der Polarisierung nicht. Dagegen überboten sich die Kandidaten mit Versprechungen und Verpflichtungen gegenüber der Wählerschaft, die diese nun einfordern kann. Trotz der Fülle gleichzeitiger Abstimmungen auf verschiedenen Regierungsebenen verlief die Wahl ruhig. Erneut inszeniert der auf Platz 2 gewählte Kandidat der Linken, Andrés Manuel López Obrador, wie im Jahr 2006 ein postelektorales Spektakel mit der Anfechtung des Wahlergebnisses. Er konnte bislang jedoch keinen Wahlbetrug nachweisen, die laufende erneute Auszählung hat keinen Hinweis auf eine deutliche Veränderung der Zahlen gegenüber dem vorläufigen Ergebnis ergeben. Stattdessen begründet er seinen Vorwurf mit dem Einfluss der Medien zugunsten des Gewinners, der Überschreitung der zugelassenen Wahlkampffinanzierung durch die PRI und umfassenden Stimmenkauf. Angesichts

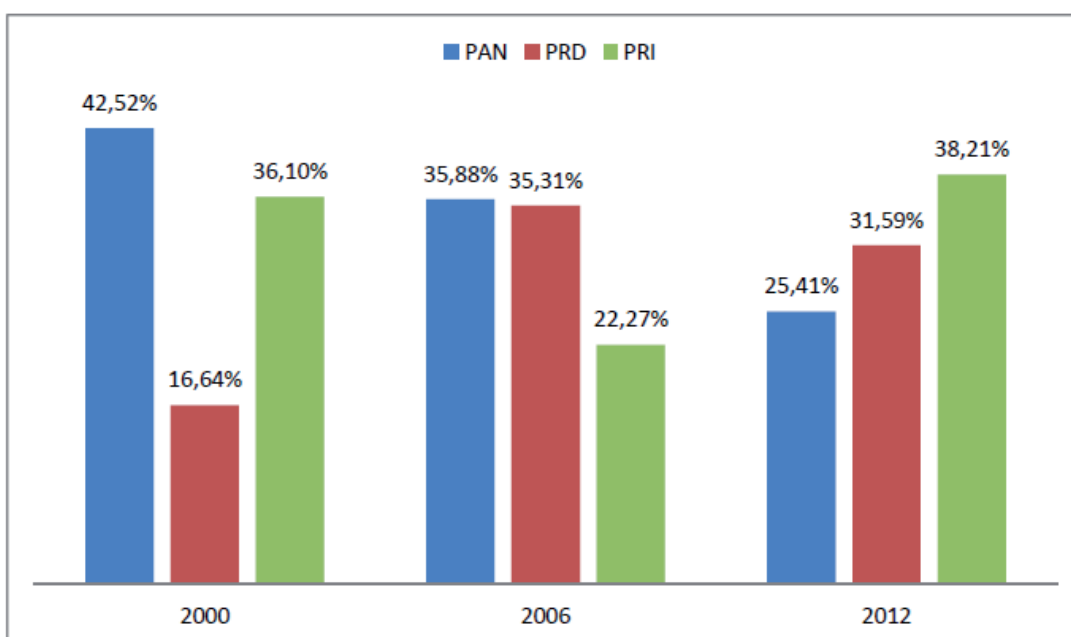
einer Differenz von mehr als drei Mio. Stimmen zwischen ihm und dem Wahlgewinner Peña Nieto dürften seine Erfolgschancen gering sein, die angestrebte Annulierung der Wahl zu erreichen; allerdings kann er bei seiner Kampagne auf den verbreiteten Anti-PRI-Effekt in der Bevölkerung setzen und damit seine persönlichen politischen Interessen befördern. Sein Ego und die Fähigkeit, die Leidenschaft seiner Anhänger anzustacheln, sind der eigentliche Antrieb, um seine Führungsrolle in der PRD zu bewahren, obwohl er nunmehr bereits zum zweiten Mal im Rennen um das Präsidentenamt gescheitert ist. Kein Kandidat vereint eine so dezidierte Ablehnung in der Bevölkerung auf sich, wie dies für López Obrador zutrifft. Die überfällige Erneuerung in personeller und programmatischer Hinsicht seiner Partei, deren innere Strömungen sich teilweise unversöhnlich gegenüber stehen, wird nur gelingen, wenn sich der bisherige Spitzenkandidat zurückzieht. Eine zentrale Rolle kommt hierbei der Parteiführung der Hauptstadt zu, wo die PRD ein überwältigendes Votum von über 63 Prozent erreichte. Ihr Erfolg bei den Gouverneurswahlen in den Bundesstaaten Morelos und Tabasco eröffnet zudem die Chance auf eine breitere territoriale Präsenz, die sich bei den Wahlen erneut als Manko herausstellte.

Paradoxerweise galt im Wahlkampf die Aufmerksamkeit des Publikums und der Medien dem Rennen um Platz 2 in der Wählergunst: dem Kampf

zwischen dem Kandidaten der Linken, Andrés Manuel López Obrador (Partido de la Revolución Democrática, PRD), und der Kandidatin der Regierungspartei PAN, Josefina Vázquez Mota, obwohl dieses Rennen für den Wahlausgang letztlich unerheblich ist.

Die PAN von Präsident Felipe Calderón unterlag allerdings nicht nur bei der Präsidentenwahl; auch im Abgeordnetenhaus fiel sie hinter die Linke auf den dritten Platz zurück, während sie im Senat einen zweiten Platz erlangen konnte. Allerdings verlor sie wichtige Gouverneursposten, wie etwa ihre traditionelle Hochburg Jalisco. Der PRI gewann dagegen vor allem in den vom „Drogenkrieg“ besonders hart betroffenen Bundesstaaten des Nordens und Westen (mit Ausnahme von Tamaulipas und Nuevo León). Der dritte Platz für Josefina Vázquez Mota im Rennen um das Präsidentenamt zeigt die überwiegend negative Bewertung der Regierungszeit der PAN, die durch das hölzerne Auftreten der Spitzenkandidatin und ihr unklares politisches Profil noch verstärkt wurde. Dass die Spitzenkandidatin weniger Stimmen auf sich vereinigen konnte als ihre Partei in beiden Häusern des Parlaments errang, weist auf ihre prekäre Unterstützung bei der Wählerschaft hin. Insbesondere der hohe Blutzoll des von Calderón geführten „Drogenkrieges“ mit 60.000 Toten und die grassierende Gewalt im Lande haben das negative Votum befördert. Hinzu kam noch, dass der

Abbildung 1: Stimmeregnergebnisse bei Präsidentschaftswahlen 2000-2012



Quelle: IFE 2012.

Präsident des historischen Machtwechsels im Jahr 2000, Vicente Fox, offen gegen die Kandidatin seiner Partei auftrat und zur Wahl der PRI aufrief, um einen Erfolg des „linken Populismus“ zu verhindern. Sein Parteiausschluss dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein.

Ein Einfluss der Drogenkartelle auf den Wahlprozess konnte bislang nicht nachgewiesen werden; auch eine Einschüchterung der Wähler in den besonders gefährdeten Gebieten war durch besondere Sicherungsmassnahmen verhindert worden. Auffällig ist, dass gerade in den vom „Drogenkrieg“ betroffenen Bundesstaaten sich Peña Nieto durchsetzen konnte; dort ist die Erwartung hoch, dass die PRI die Gewalt eindämmen und zur Befriedigung beitragen kann. Als Gewinner der Wahl fällt dem neuen Präsidenten jetzt das schwierige Erbe zu, die Folgen der militärisch angelegten Strategie seines Vorgängers zu bewältigen. Die Straflosigkeit liegt nach wie vor bei einem Wert von 95 Prozent. Es gilt daher, Wege aus der Gewalt zu finden, die sowohl bei den Bürgern als auch in den USA akzeptiert werden, sowie das Justizsystem zu erneuern.

Peña Nieto siegte in 21 von den 32 Bundesstaaten, die regierende PAN nur in drei, während die Linke in acht Staaten erfolgreich war. Regional bedeutsam ist dabei, dass sich frühere Verteilungsmuster gewendet haben: Waren in vorausgehenden Wahlen der Norden und das Zentrum des Landes stark von der Vorherrschaft der PAN geprägt, so hat dort heute die PRI ihren Einfluss konsolidiert. Demgegenüber verlor sie ihre jahrzehntelange Präsenz im Süden an die PRD, die damit jenseits ihrer Hochburg in der Hauptstadt eine neue Basis in den eher traditionell geprägten Gegenden mit landwirtschaftlicher Struktur gewinnen konnte.

Die Rückkehr der PRI – zurück zum alten Machtspiel?

Entgegen allen Prognosen, die beim Machtverlust der PRI im Jahr 2000 vom Zerfall dieser als Partei organisierten Interessenkoalition ausgingen, gelang es in den vergangenen Jahren, die parteiinternen Auseinandersetzungen so auszuhandeln, dass keine bedeutsamen Abspaltungen entstanden. Wenn heute die Rückkehr der PRI an die Macht gefeiert wird, so ist dies eine dem Augenblick geschuldete Sichtweise. De facto konnte sich die PRI in der vergangenen Dekade als maßgeb-

liche Kraft auf der Ebene der Bundesstaaten konsolidieren. Gegenwärtig stellt sie 20 der 32 Gouverneure; mit der Wahl vom 1. Juli 2012 sind zwei weitere hinzugekommen, nur ein Bundesstaat ging verloren. Zudem gibt es noch immer zehn Bundesstaaten, in denen die PRI seit 65 Jahren ununterbrochen die Regierung stellt. Dies belegt die Verschiebung der internen Machtbalance von der Zentral-ebene der Parteiführung zu den regionalen und lokalen Apparaten in den Bundesstaaten. Unter der Ägide der Gouverneure konnte sich das traditionelle Klientensystem neu etablieren und die unterschiedlichen parteiinternen Interessen der alten korporativen Ordnung der Partei fanden dort den Raum zur Verhandlung von Ressourcen und Posten. Die Stärkung des Zentralstaats durch eine Erneuerung des Präsidentialismus wird eine zentrale Achse des politischen Handelns von Peña Nieto darstellen. Der Präsident muss Gestaltungsfähigkeit gegenüber dem Gewicht der dezentralen Strukturen in den Bundesstaaten zurückgewinnen, wenn er effektiv handeln möchte. Dafür sind vielfältige Verhandlungen und Vereinbarungen zur Machtteilung unverzichtbar. Er wird dabei auf die Veränderung der jetzigen Machtbalance zugunsten der von ihm deklarierten „neuen PRI“ hinwirken müssen, ohne sich eine parteiinterne Opposition zu schaffen.

Indes wird die PRI mit der Übernahme des Präsidentenamtes am 1. Dezember 2012 nicht mit derselben politischen Ausrichtung und Interessenstruktur antreten, wie sie diese im Jahr 2000 verlassen hatte: Innerhalb der Partei haben sich bedeutende Verschiebungen ergeben, die sich insbesondere im Vordringen von wirtschaftlichen Interessensgruppen auf Kosten der traditionellen korporativen Strukturen wie Gewerkschaften und Sozialorganisationen ablesen lassen. Die „Apparatschiks“ der Vergangenheit haben deutlich an Boden verloren; sie müssen sich ihre politische Macht im Zugang zum engeren Kreis um den Präsidenten erst wieder erobern – in offener Konkurrenz zu den PRI-nahen und den Präsidenten umgebenden Wirtschaftslobbys.

Ob diese Konstellation dem neuen Präsidenten mehr Handlungsfreiheit eröffnen oder ihn in ein Labyrinth aus Interessenpolitik führen wird, wird nicht zuletzt von seinen eigenen politischen Fähigkeiten und denen seiner Mitarbeiter abhängen. Die innere Widersprüchlichkeit und Vielschichtigkeit der PRI als politischer Kraft wird angesichts der verfehlten Mehrheit in beiden Häusern des Parla-

menten weniger zum Ausdruck kommen können, da viele Verhandlungen mit anderen Parteien notwendig sein werden. Dieser disziplinierende Effekt auf die eigenen Fraktionen in Abgeordnetenhaus und Senat dürfte der neuen Regierung von Peña Nieto durchaus hilfreich gegen überbordende Ansprüche aus der eigenen Partei sein. Die innere Widersprüchlichkeit der PRI als politischer Kraft lässt indes gegenwärtig kaum Aussagen darüber zu, ob sich Peña Nieto auf einen dezidierten Weg der Modernisierung des Landes und der Lösung der Blockaden für die Freisetzung der Potentiale begeben wird oder ob ihn eher die Umstände der innenpolitischen Notwendigkeiten und außenwirtschaftlichen Desiderate auf diesen Weg zwingen werden.

Die vielfach befürchtete Rückkehr zum alten Autoritarismus der PRI als Regierungsmodell dürfte jedoch verstellt sein. Zu viel hat sich in der mexikanischen Gesellschaft in den vergangenen zwölf Jahren verändert: Fortschritte bei der Gewaltenteilung, der Meinungsfreiheit, die weitreichende Gesetzgebung zur Transparenz sind hierfür ebenso Beispiele wie die Autonomie des Wahlinstituts, die Unabhängigkeit der Zentralbank, die politische Dezentralisierung und die wachsende Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben. All diese Elemente stehen den (durchaus vorhandenen) restaurativen Tendenzen in der Partei entgegen. Sie werden einen Lernprozess innerhalb des traditionalistischen Machtblocks erzwingen, der gewiss starke innerparteiliche Spannungen erzeugen dürfte. Letztlich könnte mit der Regierungsverantwortung der Modernisierungsprozess innerhalb der PRI in Gang kommen, der in den Jahren der Opposition durch die Verlagerung der Macht in die Bundesstaaten eingefroren war. Insofern ist ein parteiinterner Klärungsprozess zu erwarten, der mit der Marginalisierung und dem Ausscheiden bestimmter Interessengruppen aus dem engeren Machtzirkel einhergehen wird. Dies muss sich allerdings nicht notwendigerweise in der Öffentlichkeit abspielen. Der Übergang von der Blockademacht im Parlament zu einer Gestaltungsrolle in der Regierungsverantwortung wird sich angesichts der knappen bzw. fehlenden Mehrheiten in beiden Häusern des Parlamentes unter Führung des Präsidialamtes vollziehen und damit bisherige Friktionen zwischen Exekutive und Legislative mindern.

Die Dynamik der Zivilgesellschaft: die studentische Jugend

Obwohl 14 Millionen junge Mexikaner unter 23 Jahren erstmals zur Teilnahme an einer Präsidentschaftswahl aufgerufen waren, ist von einer Beteiligung von lediglich 75 Prozent dieser Wählergruppe auszugehen. Trotz der intensiven Ansprache durch alle Parteien lässt sich keine signifikante Abweichung ihres Wahlverhaltens vom Rest der Bevölkerung feststellen. Darüber kann auch nicht die im Wahlkampf entstandene Jugendbewegung #Yo soy 132 hinwegtäuschen, die sich – vor allem studentisch motiviert – als neuer unerwarteter Akteur in die Wahlauseinandersetzung einbringen konnte. Diese überwiegend über die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter initiierte Bewegung erstarkte durch Demonstrationen, die in der Hauptstadt bis zu 50.000 Personen mobilisierte. Sie organisierte schließlich sogar eine Debatte der Präsidentschaftskandidaten, an der allerdings nur die Kandidaten von PAN, PRD und der Kleinpartei Partido Nueva Alianza (PANAL) teilnahmen. Der PRI-Kandidat Enrique Peña Nieto hatte seine Beteiligung abgesagt, da er #Yo soy 132 als eine einseitig gegen sich und seine Partei gerichtete Initiative betrachtete. Die Bewegung entstand als Reaktion auf Peña Nietos umstrittenen Auftritt in der Universidad Iberoamericana, bei dem die Parteiführung der PRI die studentische Kritik an Peña in traditioneller Manier kurzerhand als inszeniert abqualifizierte. 131 Studenten der Universität erklärten daraufhin per Video, dass sie als Studierende dieser Universität als authentische Vertreter den Widerstand gegen die PRI betreiben würden. Damit gaben sie den Startschuss für eine Bewegung, die sich vor allem gegen die einseitige Berichterstattung in den Medien wandte. Die Basis der Bewegung verbreiterte sich zwar bis in die Universitäten der Bundesstaaten, konnte aber dort nicht die Breite gewinnen, über die sie in der Hauptstadt verfügte.

Die Jugendbewegung dynamisierte sich in rasender Geschwindigkeit über die Nutzung sozialer Netzwerke; der etablierte Politikapparat reagierte jedoch erst mit einiger Verspätung. Auch wenn nur jeder dritte Mexikaner direkten Zugang zum Internet besitzt und vielfach lediglich über PCs in Schulen und Internetcafés eine größere Breite erreicht wird, ist die mexikanische Facebook-Gemeinde mit 31 Millionen Mitgliedern gleichwohl die fünftgrößte in Lateinamerika. Wahlpolitische Initiativen im Internet hatten bislang wenig Erfolg

bei der Sicherung von Wählerstimmen, wie sich nach dem Beispiel Kolumbiens nun auch in Mexiko zeigt. Ob #Yo soy 132 jenseits der Mobilisierung gegen den PRI-Kandidaten für die politische Entwicklung Mexikos dauerhafte Bedeutung gewinnt, ist angesichts ihrer diffusen inhaltlichen Programmatik zu bezweifeln; ihre Aktionen können aber durchaus wie andere Bewegungen – etwa die der Friedensbewegung des Dichters Javier Sicilia – als Leitplanken wirken, um die Regierung auf dem notwendigen Kurs der Modernisierung zu halten. Viel wird davon abhängen, wie sich der neue Präsident zu solchen Initiativen aus der Gesellschaft stellen und welche Dynamik die postelektorale Auseinandersetzung gewinnen wird.

Weichenstellungen der neuen Regierung

Das Regierungsprogramm des neuen Präsidenten kommt ohne großes politisches Projekt, populistische Untertöne oder nationalistischen Pomp der Vergangenheit aus. Unter dem Obertitel eines „effizienten Regierens“ ging er 45 Verpflichtungen ein (die Zahl der Einzelmaßnahmen ist weit höher), die er in medialer Inszenierung vor einem Notar unterzeichnete. Schwerpunkte liegen im Bereich der Erziehung (17), der Armutsbekämpfung (15) und der Beschäftigung (8).¹ Für die neue Regierung lassen sich hieraus sowie aus weiteren Erklärungen des Präsidenten im Wahlkampf folgende zentrale Arbeitslinien erkennen:

Sicherheit und innerer Frieden

Die Zahl der Morde und Entführungen soll um 50 Prozent gesenkt und eine mit der Gesellschaft abgestimmte nationale Strategie zur Gewaltreduzierung erarbeitet werden. Mit diesem Vorschlag lässt Peña Nieto erkennen, dass er den bislang von Präsident Calderón eingeschlagenen Weg der Militarisierung des Konflikts mit den Drogenkartellen ändern will, allerdings ohne den Druck auf die immer vielfältigeren Gewaltakteure zu reduzieren. Die im Wahlkampf verkündete Berufung des ehemaligen Polizeichefs Kolumbiens, Oscar Naranjo, zum Sicherheitsberater sendet hier ein doppeltes Signal: Sie richtet sich zum einen als präventive Maßnahme an die US-Regierung, die befürchtet,

¹ Vgl. online: <www.enriquepenanieto.com> (9. Juli 2012)..

Peña könne mit den Kartellen Absprachen erzielen. Sie ist aber auch ein Hinweis darauf, dass die neue Bundespolizei als militarisierte Gendarmerie in der Auseinandersetzung mit dem Drogengeschäft gestärkt wird.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Hier dürfte das Kerninteresse Peña Nietos und der ihn umgebenden Interessengruppen liegen: Die Beteiligung der Privatwirtschaft am staatlichen Energiekonzern PEMEX, massive Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur durch Public-Private-Partnerships, die Stärkung der Entwicklungsbanken sowie die technologische Erneuerung der Klein- und Mittelindustrie sind dabei zentrale Punkte. Für notwendige Gesetzesänderungen, die die PRI bislang massiv blockiert hatte, wird der Präsident Allianzen mit der Opposition, vor allem der PAN, schließen müssen. Damit sind Strukturreformen im Energiebereich, der Universalisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie deren Finanzierung verbunden, die die mexikanische Gesellschaft sicherlich aufwühlen werden. Dies gilt vor allem auch für den Erziehungssektor, dessen korporative Struktur in Gestalt der Lehrgewerkschaft SNTE eine der zentralen Stützen des alten PRI-Systems darstellt und sich damit als extrem reformresistent erwiesen hat.

Die Rolle Mexikos in der Welt

Mexiko hat seinen Anspruch auf eine Gestaltungsrolle im Verbund der global wichtigsten wirtschaftlichen Führungsmächte noch vor den Wahlen als Gastgeber des siebenten G20-Gipfels am 17./18. Juni 2012 in Los Cabos (Baja California) dokumentiert. Mit dem Vorsitz dieses zentralen Forums zur Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise muss die mexikanische Regierung ihre Leistungsfähigkeit als weltpolitischer Akteur mit Gestaltungsanspruch für die internationale Finanzordnung beweisen. Der neue Präsident beabsichtigt, Mexiko international wieder in eine Führungsrolle zu bringen, die über das außenpolitische Muster der PAN-Regierungen hinausreicht, das Mexiko auf die Rolle als Vermittler und Brückenbauer zwischen Nord und Süd, Industrie- und Entwicklungsländern, rohstoffarmen und -reichen Nationen und aufstrebenden Mächten beschränkte. Peña strebt

eine aktive inhaltliche Positionierung seines Landes an: Die Beziehungen zu Lateinamerika, insbesondere Brasilien, sollen gestärkt, das Verhältnis zu China geklärt und die Potenziale mit diesem Partner genutzt sowie die einseitige Zentrierung der Außenpolitik auf das Thema Sicherheit überwunden werden (Lozoya Austin/Montaño Martínez). Da die Präsidentschaftswahlen in Mexiko und den USA 2012 zusammenfallen, wird die Frage einer Neuauflage des NAFTA-Abkommens oder die Neugestaltung der bilateralen Beziehungsstruktur ohnehin eine zentrale Rolle für Mexiko einnehmen.

Reichweite und Grenzen des Regierungsprojektes Peña Nieto

Das politische Projekt des neuen Präsidenten ist – soweit gegenwärtig erkennbar – in ein enges Netz von Interessen innerhalb seiner Partei PRI sowie seiner Unterstützer im Wahlkampf eingebunden. Wenn Peña Nieto sich aus diesen Bezügen und Verpflichtungen befreien will, um politisch wirken zu können, wird er bei der Zusammensetzung seiner Regierungsmannschaft über den engen Kreis seiner bisherigen Unterstützer hinausgehen müssen, um entsprechende Handlungsfreiheit zu gewinnen. Gerade die janusköpfige Struktur des PRI-Apparates mit ihren vielschichtigen Gewichten und Gegengewichten eröffnet dem Präsidenten durchaus die Chance, die Fesseln enger Seilschaften zu lockern, die ihm an die Macht geholfen haben. Die Gruppe der Präsidentenberater wird sich im Kontext der staatlichen Institutionen dem Druck nach Transparenz und Offenheit nicht entziehen können. Für die Herstellung von parteiübergreifendem Konsens sollte sie besser gewappnet sein als die der Regierung Calderón. Insofern mag es durchaus ein Vorteil sein, dass der neue Präsident in seiner ersten Ansprache nach den für ihn günstigen Hochrechnungen kein parteipolitisches Statement abgab, sondern auf eine ganz Mexiko betreffende Erneuerung setzte. In diese Richtung weiter zu gehen und dabei Weichenstellungen zur Aufhebung alter Blockaden vorzunehmen, wird nur erfolgreich sein, wenn sich auch das undurchsichtige Interessenfeld der PRI klärt und dort größere Transparenz einzieht. Die Modernisierung Mexikos kann ohne eine Modernisierung der PRI kaum gelingen. Der neue Präsident wird sich daher an vielen Fronten bewähren müssen.

Literatur

- Lozoya Austin, Emilio, und Jorge Montaño Martínez (2012), Una visión de México para el futuro, in: *Foreign Affairs Latinoamericana*, 12, 2, 43-51.
- Maihold, Günther (2012), Wahlen im Schatten des organisierten Verbrechens. Mexiko zwischen State Capture und Staatsversagen, in: *Welttrends. Zeitschrift für Internationale Politik*, 84, 20, 5-11.
- Peña Nieto, Enrique (2012), Mexico's next chapter, in: *New York Times* (2. Juli).

■ Der Autor

Dr. phil. Günther Maihold ist stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin. Gegenwärtig ist er Inhaber des Wilhelm-und-Alexander-von-Humboldt-Sonderlehrstuhls an der UNAM und dem Colegio de México, Mexiko-Stadt.

E-Mail: <gmaihold@colmex.mx>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend untersucht. Die Beteiligung von Jugendlichen an Protestbewegungen wird im Forschungsteam 5 „Formen der Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit“ des GIGA-Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ systematisch in den Blick genommen.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Kurtenbach, Sabine (2011), *Jugendliche als Seismograph gesellschaftlicher Problemlagen*, GIGA Focus Global, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Kurtenbach, Sabine (2011), *State-Building, War and Violence: Evidence from Latin America*, GIGA Working Papers, 181, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

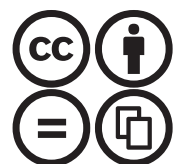
Maihold, Günther (2009), *Die Rückkehr des Dinosauriers? Der Wahlerfolg der PRI vergrößert die Reformunfähigkeit Mexikos*, GIGA Focus Lateinamerika, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Renner, Sebastian, und Jann Lay (2012), *Brasilien und Mexiko: Entwicklung auf Kosten des Klimawandels?*, GIGA Focus Lateinamerika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Schulz, Christiane (2011), *Mexiko: Gewalteskalation und Straflosigkeit*, GIGA Focus Lateinamerika, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM